

## **Antrag**

**der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Renate Blank, Georg Brunnhuber, Hubert Deittert, Peter Götz, Manfred Heise, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Michael Meister, Norbert Otto (Erfurt), Wilhelm Josef Sebastian, Dr. Wolf Bauer, Paul Breuer, Wolfgang Dehnel, Renate Diemers, Hansjürgen Doss, Georg Girisch, Hans Jochen Henke, Klaus Hofbauer, Dr. Gerd Müller, Günter Nooke, Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Werner Wittlich, Elke Wülfing, Dietrich Austermann, Otto Bernhardt, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Anke Eymer (Lübeck), Helmut Lamp, Michael von Schmude, Angelika Volquartz, Annette Widmann-Mauz, Peter Kurt Würzbach, Klaus Brähmig, Birgit Schnieber-Jastram, Ulrich Adam, Dr. Angela Merkel, Dr. Paul Krüger, Susanne Jaffke und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Frontpartien von Fahrzeugen europaweit fußgängersicher gestalten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Rahmen der Europäischen Union auf eine zügige Einführung von technischen Karosserie- und Karosseriezubehör-Vorschriften bezüglich der Frontpartien von Kraftfahrzeugen zum Schutz von Passanten und Fahrradfahrern bei Unfällen hinzuwirken;
2. kurzfristig bis zur Einführung entsprechender europäischer Vorschriften auf nationaler Ebene eine diesbezügliche Änderung der Kfz-Zulassungsverordnung durchzuführen.

Berlin, den 19. Juni 2001

**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**

## Begründung

Während den berechtigten Interessen von PKW-Insassen nach aktiver und passiver Sicherheit mit immer neuen Entwicklungen durch die Hersteller sowie durch Verkehrssicherheitsgesetze des Deutschen Bundestages entsprochen wird, gibt es immer noch Defizite beim Sicherheits-Interesse von Fußgängern und Radfahrern bei Verkehrskonflikten mit dem PKW. Hier herrscht Handlungsbedarf.

Bei den besonders häufig auftretenden Frontalzusammenstößen zwischen Fußgängern/Radfahrern und PKW sind auf Seiten der Kraftfahrzeuge in erster Linie zwei Gefahrenpunkte auszumachen:

Zum einen die beim Frontalanprall zunächst treffende Stoßstange und Kühlerpartie mit der unmittelbaren Gefahr von schweren bis hin zu schwersten Verletzungen. Hier drohen, so Sicherheitsexperten, namentlich bei Fahrzeugen mit Frontschutzbügeln, besonders häufig tödliche Kopfverletzungen für Kinder.

Ein weiteres Problem ist der Bereich von Windschutzscheibe und A-Säule. Hier kann es zu erheblichen bis schwersten Verletzungen nicht nur durch den Anprall, sondern besonders auch durch den Abprall und den nachfolgenden Sturz auf die Fahrbahn kommen. Auch hier tragen steife Frontpartien wesentlich zur Unfallschwere bei, indem sie den Passanten oder Fahrradfahrer anheben und es zu einem Anprall auf die Windschutzscheibe kommt.

Bei beiden Unfallschwerpunkten könnte durch leicht verformbare Frontpartien die passive Sicherheit bei Zusammenstößen mit ungeschützten Verkehrsteilnehmern wesentlich erhöht werden.

Obleich diese Fakten seit längerem bekannt sind und konkrete Verbesserungen regelmäßig von den anerkannten Verkehrssicherheitsverbänden angemahnt werden, versteckt sich die Bundesregierung hinter dem Verweis auf laufende, in ihrer Dauer aber nicht absehbare europäische Verhandlungen.

Insgesamt ist der passiven Sicherheit von Passanten, Fahrradfahrern und anderen ungeschützten Verkehrsteilnehmern mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

1999 ergaben sich allein 47 582 Unfälle zwischen Fahrradfahrern und PKW, das sind mehr als 12 % aller Verkehrsunfälle, sowie weitere 28 220 zwischen Fußgängern und PKW, das sind mehr als 7 % aller Verkehrsunfälle. Bei diesen fast 66 000 Unfällen gab es unter den PKW-Insassen 3 Tote aber 868 Tote unter den ungeschützten Verkehrsteilnehmern. Diese Zahlen sind keine einmaligen Spitzenwerte, so geht die Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) in einer Prognose bis zum Jahr 2010 sogar von einer Steigerung der Unfälle mit Fahrradfahrern um 6 % aus.